

WOHNUNGSBAU-KONJUNKTUR

Manche mögen's heiß

Wie schnell ein Jahr vor den Bundestagswahlen der fachmännische Lichtblick eines Bonner Ressortministers wieder der psychologischen Verdunkelung anheimfällt, erwies sich in der vergangenen Woche an der Person des Bundesfinanzministers Etzel.

Anlässlich eines Vortrags über das Thema „Finanzpolitik, Wissenschaft und Integration“ vor dem Hamburger Übersee-Club war dem Hüter der westdeutschen Bundesfinanzen auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik ein solch lichtvoller Moment beschieden. Es sei, meinte Franz Etzel vor Fachleuten freimütig, durchaus nicht mehr erforderlich, daß in der Bundesrepublik im Jahr nahezu 600 000 Wohnungen gebaut würden. Angesichts der absehbaren Sättigung am deutschen Wohnungsmarkt genüge auch ein etwas bescheideneres Bau-Soll von 500 000. Andernfalls, so meinte der Minister, stehe man in Westdeutschland eines Tages nicht nur vor Kohlen-, sondern auch vor Wohnungshalden.

In einem Stadium nahezu euphorischer Konjunkturerwartungen — Kurs der Daimler-Aktie: 6350 — äußerte damit ein Fachminister unmißverständlich die nützliche Absicht, durch Kürzung öffentlicher Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau einem der heißesten Konjunkturbereiche zu Leibe zu rücken. Mit Steuergeldern — deren Höhe um jährlich eine halbe Milliarde Mark schwankt — und Steueranreizen ist es vorwiegend der Bund selbst, der das Wohnungsbauniveau auf preistreibende Höhen drückt: Im Vorjahr allein wurden 590 000 Wohnungen gebaut, seit Kriegsende 5,3 Millionen.

Indes stieß sich Franz Etzels Fachmannesmut hart an den Vorstellungen der Wohnungsbau-Konjunkturpolitiker am Rhein. Manche mögen es dort nämlich auf dem Wohnungsbausektor heiß, und sie sind in den Reihen der Regierungspartei wie in der Opposition zu finden.

So nahmen die Sozialdemokraten, zu deren Standard-Repertoire die Klage über angebliche zahlenmäßige Rückstände im westdeutschen Wohnungsbau gehört, Etzels Empfehlungen „mit Befremdung und Bestürzung zur Kenntnis“. Die SPD könne, so ließ sie verlauten, „auf die Ankündigung des Bundesfinanzministers ganz selbstverständlich nur mit einer scharfen Kampfansage antworten“.

Nicht minder aufgebracht zeigten sich Konjunktur-Bremsler Etzels eigene Kollegen aus dem Kabinett und der CDU. Die wetterfähigen Wahlstrategen der Union und Wohnungsbauminister Paul Lücke gehen davon aus, daß an eine Reduzierung des Bauvolumens nicht gedacht werden dürfe, solange in Westdeutschland noch ein statistisches Defizit von 1,2 bis 1,5 Millionen Wohnungen bestehe.

Der Konjunkturpolitiker Etzel, dessen Drosselungsvorschlag von der Bundesnotenbank schon als ein erfreuliches Zeichen für eine Wende zu realistischer Bonner Konjunkturpolitik begrüßt worden war, fiel deshalb schnell aus seiner aufrechten Haltung auf beide Bremsbacken zurück.



Zechen-Gewerkschaftler Gutermuth
Höher Lohn ...

Das offizielle Bonn stand in der vergangenen Woche ohnehin unter dem Eindruck vieler Beschwerden über Paul Lückes Wohnungsbau-Reformgesetz, das am 1. Juli in Kraft getreten war und vielen Bundesbürgern eine Mieterhöhung bringt. Zu allem Überfluß rumorte unter dem fernsehenden Teil der westdeutschen Wohnungsinhaber noch eine kritische Sendung, die in einer Bilderrevue über Elendsquartiere heftig am Zeuge der Bonner Wohnungsbaupolitik geflickt hatte.

Familienminister Wuermeling empörte sich bei der Südwestfunk-Intendanz: „Die Sendung ist eine demagogische Verzerrung der Wirklichkeit“, und sein Parteifreund Josef Mick sprach von „grober Volksverhetzung“. Im Anschluß an diese Beunruhigung auch den eigenen Bundesfinanzminister von einer Drosselung um praktisch 90 000 Wohneinheiten pro Jahr reden zu hören, schien den betroffenen Bonner Wohnungsbauern des Schlechten zuviel.

Bundesminister Paul Lücke, der soeben von einem Staatsbesuch am Kongo zurückgekehrt war, ließ sofort durch seinen Staatssekretär Ernst den Bundesfinanz-Kollegen berichtigen: „An der gegenwärtigen Wohnungsbaupolitik ... wird sich nichts ändern. Die Höhe der hierfür vom Bund zur Verfügung zu stellenden Mittel ist festgelegt. Eine Kürzung ist nicht beabsichtigt.“

Am vergangenen Mittwoch schließlich nahm der CDU-Parteivorstand auf einer Sitzung den Biedermann von der Rheindorfer Straße ins Verhör. Nachdem er aus der inquisitorischen Verhandlung entlassen war, hätte der unermüdliche Kanzlerkandidat Etzel selbst schwören mögen, daß ihm im Hambur-

ger Hotel Vier Jahreszeiten der Teufel das Wort geredet haben könnte.

Ehe noch am gleichen Tage im Bayerischen Rundfunk die Abendsendung vorüber war, hatte es in Franz Etzels kurz belichtetem Konjunkturbewußtsein schon wieder geklickt. Aus dem neuerlichen Dunkel vernahmen die Rundfunkhörer des Bundesfinanzministers Stimme: „Meine Bemerkungen über den Wohnungsbau sind ... offensichtlich mißverstanden worden.“

RUHR

BERGARBEITER

Flucht aus dem Revier

Wenige Monate nachdem die Kohleverkaufsziffern an der Ruhr nach zweijähriger Absatzkrise wieder zu steigen und die Halden zu sinken begannen, wird der Bergbau von einer neuen, freilich ganz anders gearteten Krise durchgeschüttelt. Während die Zechenunternehmen noch vor zwei Jahren ihre übersetzten Belegschaften zu verkleinern trachteten, sind sie nunmehr ängstlich bemüht, einer Massenflucht der Kumpel aus den Pütts entgegenzuwirken.

Als der lautstarke Boss der Industriegewerkschaft Bergbau, Heinrich Gutermuth, vor den 299 Delegierten seiner Organisation am letzten Montag zwölf Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung forderte, regte sich bei den gewöhnlich knauserigen Zechenunternehmern kein Protest. Auch Gutermuths Drohung, Lohnforderungen noch vor Ablauf des derzeitigen Tarifabkommens — der Vertrag endet erst Ende Mai nächsten Jahres — stellen zu wollen, nahmen sie mit Ergebenheit hin. Unter der Hand ließen die Zechenherrn sogar durchblicken, daß sie keinesfalls auf fristgemäße Einhaltung des Tarifvertrages pochen würden.

Der Grund für so viel Arbeitgeber-Großmut ist eindeutig: Durch Entlassungen, Zechenstilllegungen und Feierschichten ist die Steinkohlenförderung erheblich gesunken. Der Bergbau fördert derzeit weniger Kohle, als er verkauft, und schließt die Lücke durch den Abbau der Kohlenhalden. Zechenverbandschef Dr. Helmuth Burckhardt rechnet damit, daß in diesem Jahr nur 123 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, aber 127 Millionen Tonnen verkauft werden können. Die Haldenbestände, von denen in den letzten Monaten bereits 2,5 Millionen Tonnen abgesetzt worden sind, werden weiter schmelzen.

Nach Überwindung der Kohlenkrise zieht nun ein neues Ungewitter auf: 61 000 Ruhrkumpel haben in den vergangenen zwei Jahren die Pütts verlassen; allein von den Zechen der Gelsenkirchener Bergwerks-AG verschwanden 9000 und von den Mannesmann-Schachtanlagen etwa 4500 Bergleute. Mannesmann-Generaldirektor Dr. Hermann Winkhaus klagt, daß 85 Prozent aller Abgänge muskelstarke Kumpel im Alter von 25 bis 38 Jahren sind. Etwa 7000 Arbeitsplätze sind gegenwärtig unbesetzt.

Die Zechenleitungen führen darüber Klage, daß heute kaum noch Schulabgänger den mühseligen und gefährlichen Bergmannsberuf erlernen wollen,

der seit den ersten Zechenstilllegungen als völlig übersetzt und wenig zukunfts-trächtig hingestellt worden ist. Das Ergebnis: 10 000 Lehrstellen können derzeit nicht besetzt werden.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-AG beispielsweise, die einen jährlichen Bedarf von 1800 Lehrlingen hat, konnte im vergangenen Jahr nur 665 Jung-Kumpel einstellen. Manchen Zechen gelang es überhaupt nicht, Lehrlinge anzuhuern. Zechenverbandschef Helmuth Burckhardt kalkuliert, daß bis Ende dieses Jahres insgesamt etwa 106 000 Kumpel die Gruben verlassen haben werden — mehr als der Bergbau auf dem Höhepunkt der jüngsten Absatzkrise entlassen wollte.

Alle Versuche Burckhardts, die Lücke mit ausländischen Bergarbeitern zu stopfen, sind bisher erfolglos geblieben. Burckhardt wollte unter anderem aus dem notleidenden belgischen Kohlenrevier bis zu 10 000 Bergleute an die Ruhr lotsen, aber der Umzug kam nicht zustande, da die westdeutschen Zechen den Ansiedlungswilligen keine Wohnungen bieten konnten.

Bergarbeiterführer Gutermuth wußte das Personaldilemma der Zechenunternehmer, die bestrebt sind, keine weiteren Arbeitskräfte mehr zu verlieren, geschickt auszunutzen und rang ihnen schon in diesem Frühjahr die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich



Zechen-Unternehmer Burckhardt
... für knappe Knappen

ab. Damit fügte er dem an Kuriositäten reichen Ruhrbergbau ein neues Paradoxon hinzu: Ausgerechnet die krisenanfällige Kohlenwirtschaft hat die kürzeste Arbeitszeit aller westdeutschen Branchen.

Die Hoffnung der Zechendirektoren, die Fünf-Tage-Woche werde die Abwanderung stoppen, erwies sich indes als trügerisch. Inzwischen haben sich nämlich vor den Toren vieler Ruhrzechen neue Industriebetriebe niedergelassen, die ihren Arbeitern hohe Löhne, frische Luft und sichere Arbeits-

plätze offerieren. Allein in Bochum werden sich demnächst 14 Betriebe der verschiedensten Branchen ansiedeln, deren Arbeitskräfte-Bedarf von zunächst 2000 Mann vorwiegend zu Lasten der Zechenunternehmen gehen dürfte.

Den härtesten Schlag gegen die westdeutschen Zechendirektoren führte ein Industriezweig, der im Ruhrrevier bislang nicht vertreten war: die Automobilindustrie. Opel und Ford verkündeten, sie würden demnächst Zweigwerke in Bochum und Herten errichten, mit dem ausdrücklichen Eingeständnis, sie seien in der Hoffnung, Arbeitskräfte aus dem Bergbau zu erhalten, an die Ruhr gekommen.

Die Ford-Werke wollen in der Bergarbeiterstadt Herten ein Industriegelände von fast zwei Millionen Quadratmetern erwerben und noch in diesem Monat mit dem Bau eines Zweigwerks beginnen, das 6000 Arbeiter aufnehmen soll. Noch imposantere Pläne hat die Opel AG, die in ihrem neuen Bochumer Werk bereits in der ersten Ausbaustufe 6000, nach Fertigstellung sogar etwa 20 000 Arbeiter beschäftigen will.

In Bochum war der Bergbau obendrein einem Schachzug der Stadtverwaltung erlegen. Die Verwaltung hatte die Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG) um die Überlassung eines 1,5 Millionen Quadratmeter großen Areals gebeten. Die GBAG, die bisher drei Bochumer Zechen stillgelegt hat und es mit der Stadt nicht ganz verderben wollte, verkaufte bereitwillig. Die Stadtverwaltung verkaufte das Gelände an die Opel AG weiter.

Noch ein dritter Automobilproduzent plant — so meldete am Mittwoch vergangener Woche die „Westdeutsche Allgemeine“ —, ein Ruhr-Zweigwerk zu errichten: die Bremer Borgward-Gruppe. Sie möchte einen Teil der bremischen Fabrikation ins standortbegünstigte Herne verlagern.

Konsterniert gingen die Bergassessoren an eine Untersuchung der Belegschaftsstruktur in der Automobilindustrie. Sie kamen zu dem bestürzenden Ergebnis, daß die Autowerke durchaus nicht nur Facharbeiter mit normaler Lehrzeit benötigen, sondern „84 Prozent aller Bandarbeiter nur angelernt werden müssen“, wie der GBAG-Direktor Dr. Friedrich Funcke berichtete.

Der Vorstandsvorsitzende der Vereinigung der Bergbau-Spezialgesellschaften, Dr. Otto Dünbier, nannte ob dieser tristen Aussichten die Automobilprojekte eine „verfehlte Konzeption“. Durch sie würden dem „ohnehin im weiteren Bochumer Raum ausgezehrteten Kräfteereservoir für den Bergbau... Tausende von Bergleuten entzogen“. Bergbau-Dünbier empfahl den Autowerken, in die industrieleeren Bezirke Schleswig-Holsteins und des Bayrischen Waldes einzubrechen.

Wegen der massiven Abwerbungs-Konkurrenz vor den Zechentoren müssen die Bergassessoren fürchten, daß sie in Zukunft weniger Kohle fördern können, als der Markt begehrt, weil ihnen die Arbeitskräfte weggelaufen sind. Aus Gründen der Selbsterhaltung sind sie bereit, tief in die Tasche zu greifen und die Kumpel durch Lohnzugeständnisse und höhere Wohnungsgeld-Zuschüsse an die Abbauhämmer zu binden. Zudem

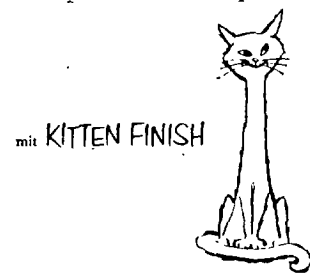


Steht dieser Mann im Mittelpunkt?

vermutlich —
denn sein Hut* zeigt,
daß er ein profilierter
Kopf ist.

*Es handelt sich um ein
RESISTOL-
Self-Conforming Modell
mit Silk Reed und
KITTEN-FINISH-
Ausrüstung.

Ein Hut, der sich auch der aus-
geprägtesten Kopfform leicht und
selbstverständlich anpaßt.



mit KITTEN FINISH

RESISTOL
SELF-CONFORMING
DER HUT NACH MASS



Hergestellt in Lizenz
von R. & M. WEGENER

Erhältlich in guten Fachgeschäften

hat sich die Rentabilität des deutschen Bergbaus in den letzten Monaten derart gewandelt, daß die Zechen ohne Substanzverlust höhere Löhne gewähren können. Die Schichtleistung der Bergarbeiter ist stark gestiegen, die Lohnkosten sind entscheidend gefallen. Mit 461 000 Beschäftigten fördern die Zechen heute nahezu so viel Kohle wie vor zwei Jahren mit rund 550 000 Arbeitern und Angestellten.

Außerdem erweist sich der Haldenverkauf als äußerst lukratives Geschäft. Die Halden sind nämlich in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Ruhrzechen bis zu 61 Prozent ihres Wertes abgeschrieben worden; sie werden jedoch zum normalen Kohlepreis verkauft. An jeder Tonne verkaufter Haldenkohle verdienen die Zechen zusätzlich etwa 20 Mark, und die bis heute bereits verkauften 2,5 Millionen Tonnen ergaben einen Gewinn von etwa 50 Millionen Mark.

Die Personalkrise und die steigenden Einkünfte des Bergbaus animieren die Bergarbeiter zu dem von ihnen angekündigten neuen Lohnvorstoß. Je später die Löhne erhöht werden — so bekunden heute die Bergbaufunktionäre —, desto stärker müssen sie heraufgesetzt werden. Gufermuths Tarifexperte Karl von Berk erklärte: „Die Zeit arbeitet für uns.“

Angesichts der angespannten Verhältnisse auf dem Kumpel-Arbeitsmarkt erkühnten sich die Bergarbeiter letzte Woche zu einem in Westdeutschland noch ungewöhnlichen Verlangen: Sie fordern von den Unternehmern einen garantierten Jahreslohn. Gufermuth soll bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen versuchen, die Lohngarantie durchzudrücken. Sein Tariffachmann von Berk sieht in dem garantierten Jahreslohn sogar für die Zechenunternehmer einen großen Vorteil, denn er würde die „Abwanderung in andere Industrien... eindämmen“.

Seinem neuerdings konzessionsbereiten Tarifgegner Dr. Helmuth Burckhardt geht dieses Verlangen denn doch zu weit. Auf die Frage, was er von der Forderung nach einem garantierten Jahreslohn halte, schüttelte er verwirrt den Kopf und murmelte: „Nein, nein, nein.“

SOWJETZONE

ARBEITERDICHTUNG

Glantes Journal

Der Reparaturschlosser Günter Glante aus Bitterfeld hat hervorgebracht, was in der Deutschen Demokratischen Republik als eine neue Literaturgattung gelobt wird: Er veröffentlichte in Ostberlin sein „Tagebuch eines Brigadiers“* und wurde dafür als „hervorragender Arbeiterschriftsteller“ mit dem Literaturpreis 1960 des ostzonalen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) belohnt.

Der ostzonale Schriftsteller Wolfgang Neuhaus, der das Tagebuch-Unternehmen Glantes förderte, glaubt, daß damit „eine Bewegung“ ausgelöst sei, „deren Ende noch niemand ahnen kann... Und soweit ich die Entwick-

* Günter Glante, Wolfgang Neuhaus: „Tagebuch eines Brigadiers“; Verlag Tribüne, Berlin; 120 Seiten; 1,90 Mark (Ost).

lung übersehen kann, glaube ich, mit Recht sagen zu können, daß die Brigade-Tagebücher eines Tages ein Genre unserer sozialistischen Nationalliteratur sein werden“.

Bereits auf einer Tagung des Mitteldeutschen Verlags während der Arbeiterfestspiele 1959 in Leuna machten die prominenten Zonenschriftsteller Anna Seghers („Das siebte Kreuz“) und Erwin



Preisräger Glante, FDGB-Funktionär: Der Leser spürt ...

Strittmatter („Tinko“) den Vorschlag, die besten Brigade-Tagebücher „als Dokumente der Zeitgeschichte und als Bestandteile unserer neuen sozialistischen Literatur“ zu veröffentlichen.

Glantes Tagebuch — Neuhaus: „Bei ihm spürt der Leser, wie qualvoll die Geburt war“ — gilt als Vorbild für dieses „neue Genre“ des sozialistischen Realismus. Das eigentlich Aufschlußreiche an den offenbar biederehrlichen Aufzeichnungen sind allerdings eher die Momentaufnahmen eines industriellen Alltags, der — im Gegensatz zu parteioffiziellen Hoffnungen — bei den Beteiligten nicht eben allzuviel Elan für den sogenannten Aufbau des Sozialismus spüren läßt. Im Gegenteil: Glante registriert mit braver Naivität, wie unbeliebt er sich mit seinem Brigadiersgehabe im Werk macht.

Günter Glante, der sich aus Begeisterung für den neuen Staat 1952 freiwillig zum Dienst bei der Nationalen Volksarmee gemeldet hatte, war mit früheren schriftstellerischen Versuchen — vornehmlich mit Kriminalgeschichten — bei ostzonalen Verlagen auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Nach seiner Entlassung aus der Armee war er als Reparaturschlosser in das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld eingetreten und hatte sofort damit begonnen, in seiner Reparaturschlosserei eine „sozialistische Brigade“ zusammenzustellen. Eine Brigade ist dazu gedacht, die Leistungsnorm der Arbeiter zu steigern und — vielfach durch Überschichten

— für die Erfüllung der langfristigen Staatspläne zu sorgen.

Als der Schriftsteller Neuhaus den Arbeiter Glante zur Niederschrift eines Tagebuchs ermunterte — im Juni 1959 —, war Glante „Brigadier der Reparaturbrigade, 7. Oktober der Leichtmetallschlosserei“. Zu dieser Zeit lag die Gründung der Glante-Brigade erst wenige Tage zurück: Im Februar hatten sich, laut Glante, „die FDJler der drei Meisterbereiche... zusammengeschlossen und nahmen sich vor, in unserer Werkstatt eine Umwandlung im Denken herbeizuführen... Wir wollten mit dem Elan der Jugend auch die Älteren begeistern, sie von der Richtigkeit unseres Vorhabens überzeugen und dann gemeinsam mit ihnen um den Titel ‚Brigade der sozialistischen Arbeit‘ kämpfen“.

Das Tagebuch endet im Oktober 1959 mit einem Brief aus der Präsidialkanzlei des Staatsoberhauptes Pieck, in dem der Brigade der beste Erfolg beim Wettbewerb um diesen Titel gewünscht wird. Glante am 30. Oktober 1959: „Der Brief wird vor der Brigade verlesen. Wir antworten unserem Präsidenten, alles daranzusetzen, damit unsere Verpflichtung in allen Punkten erfüllt und überboten wird.“

Zwischen Anfang und Ende schildert Glantes Tagebuch ohne besonderen schriftstellerischen Glanz den Alltag in einem industriellen Großbetrieb der DDR, wobei Glante keinerlei Rücksicht darauf nimmt, was betriebsfremde Leser noch interessieren könnte und was nicht: „Der Gedanke, mit dem wir uns schon lange beschäftigten, nämlich der Anbau einer mitlaufenden Säge, ist technisch gelöst, und zwar in Zusammenarbeit mit unserem Meister.“

Es versteht sich, daß der Brigadier Glante getreu das Pathos seines Régimes reproduziert: „Vor Thälmanns Gedenkstätte entblösten wir unser Haupt und verharrten in andächtigem Schweigen: Wir gedenken des großen Sohnes unseres Volkes und des Führers seiner Klasse. Die Rückfahrt verläuft einsilbig.“ Oder: „Die Brigade übersendet ein Schreiben an die griechische Regierung mit der Forderung, (die Kommunisten) Manolis Glezos und seine Kameraden sofort freizulassen.“

Origineller sind Glantes Berichte aus dem Kombinat. Ihnen zufolge ist es ziemlich schlecht um das Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung bestellt. Der Betriebsleiter von Glante, Ingenieur Rynek, demonstriert offenbar durch passiven Widerstand, daß er mit dem Brigadier Glante so wenig wie möglich zu tun haben will. Als Glante einen „Sondereinsatz“ organisieren will, „um 20 Tonnen Schrott zu bergen“, kann Rynek die Erlaubnis nicht geben, sondern verweist auf den